



„Wir dürfen es nicht zulassen, dass politische Auseinandersetzungen aus der Türkei nach Deutschland importiert werden.“

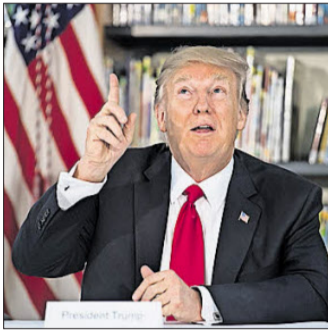
Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel

1,4 Millionen Türken

können in der Bundesrepublik Deutschland über die umstrittene Verfassungsänderung in der Türkei abstimmen, die Erdogan mehr Macht geben würde. Mehrere türkische Regierungsmitglieder haben bereits Wahlkampfauftritte in Deutschland absolviert.

Widerstand gegen Trumps Einreiseverbot – Hawaii will klagen

HONOLULU (dpa). Der US-Bundesstaat Hawaii will gegen das von Präsident Donald Trump erlassene neue Einreiseverbot vor Gericht ziehen. Das kündigten Anwälte in der Nacht zu Mittwoch in Dokumenten an, die sie bei Gericht einreichten. Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates, Douglas Chin, bezeichnete das neue Dekret als „Muslim Bann 2.0“. „Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit zielt es nach wie vor auf Migranten und Flüchtlinge ab.“



Trump hatte am Montag einen neuen Erlass für einen Einreisestopp unterzeichnet, nachdem er mit dem ersten Dekret eine Schlappe vor Gericht hinnehmen musste.

Das neue Verbot soll am 16. März in Kraft treten. Dann dürfen Menschen aus den vorwiegend islamischen Ländern Iran, Jemen, Syrien, Somalia und Sudan mindestens 90 Tage lang nicht in die USA einreisen –

es sei denn, sie besitzen eine Greencard oder sind bereits vor Inkrafttreten des Stopps im Besitz eines gültigen Visums. Das Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen wird zeitgleich für 120 Tage gestoppt. Gegen das ursprüngliche Dekret hatte es mehrere Dutzend Klagen gegeben, auch Hawaii war dagegen vorgegangen. Schließlich stoppte ein Berufungsgericht in San Francisco das Einreiseverbot in einem anderen Verfahren.

Karfreitag wird in Ungarn Feiertag

BUDAPEST (APA). Der Karfreitag ist im mehrheitlich katholischen Ungarn ab diesem Jahr ein gesetzlicher Feiertag. Das beschloss das ungarische Parlament am Dienstag auf Antrag der beiden Regierungsparteien ohne Gegenstimme, wie der staatliche Rundfunk laut Kathpress berichtete. Die Zahl der gesetzlichen Feiertage steigt damit in Ungarn auf 11.

sagte, Ungarn könne sich den neuen arbeitsfreien Tag dank seiner starken Wirtschaft leisten. Kritiker beklagten hingegen, dass durch den zusätzlichen Ruhetag die Wirtschaftsleistung sinke. Wirtschaftsvertreter hatten dafür plädiert, statt des Karfreitags den 24. Dezember zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, weil dadurch das Bruttoinlandsprodukt weniger gedrückt werde.

Dafür stimmten 163 Abgeordnete, 2 enthielten sich. Sozial- und Kulturminister Zoltan Balog, ein evangelischer Pfarrer,

Ungarn folgt mit dem neuen Ruhetag dem Beispiel Tschechiens.

Gabriel zieht klare Grenze

DIPLOMATIE: Krisengespräch mit dem türkischen Außenminister hart, aber freundlich

BERLIN (dpa). Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) und sein türkischer Kollege Mevlüt Cavusoglu haben bei ihrem ersten Treffen seit Beginn der aktuellen Krise keinen Durchbruch erzielt. Nach der Begegnung gestern in Berlin traten sie getrennt vor die Presse. Gabriel sagte, er hoffe auf eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. „Wir waren uns einig, dass keine der beiden Seiten ein Interesse daran hat, die Beziehungen nachhaltig zu beschädigen.“



Mevlüt Cavusoglu spricht vom Balkon des Generalkonsulats zu seinen Anhängern. APA/afp/DANIEL REINHARDT

Cavusoglu schlug dagegen erneut scharfe Töne an. Deutsche Politiker und Medien begegneten der Türkei zunehmend feindselig, kritisierte er während eines Besuches auf der Reise messe ITB. Auch eine „Tendenz zur Islamfeindlichkeit“ sei spürbar. Am Vortag hatte er das heutige Deutschland mit der Nazi-Diktatur verglichen. „Das ist ein total repressives System“, sagte er der Zeitung „Hürriyet“. „Alle Praktiken ähneln denen der Nazi-Zeit.“

Gabriel bezeichnete die Unterredung als hart, aber freundlich. Weitere Nazi-Vergleiche seitens der türkischen Regierung dürfe es aber nicht mehr geben. „Es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten darf“, warnte er.

Ankara hatte sich über die Abgabe mehrerer Auftritte türkischer Minister in Deutschland beschwert. Die Politiker hatten dabei für die von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan vorgeschlagene Verfassungsreform werben wollen, über die am 16. April per Referendum abgestimmt wird. Erdogan will seine Machtbefugnisse damit massiv erweitern.

Ländern war auch wegen der Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel eskaliert. Gabriel drang in dem Gespräch erneut darauf, dass die deutsche Botschaft Zugang zu dem Gefangenen erhält, dem Terrorpropaganda und Volksverhetzung vorgeworfen werden.

Der Streit zwischen beiden

Gabriel beschrieb die Begegnung als gut, ehrlich und freundlich, aber auch „hart und kontrovers in der Sache“. Es gehe

nun darum, „Schritt für Schritt“ zu einem normalen und auch wieder freundschaftlichen Verhältnis zurückzukehren. Er habe mit Cavusoglu vereinbart, den Dialog möglichst bald fortzusetzen. Gabriel appellierte an die Türken in Deutschland, den Streit um das Verfassungsreferendum nicht hierzulande auszutragen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilte mit, es beobachte „einen signifikanten Anstieg nachrichtendienstlicher Tätigkeiten der Türkei in Deutschland“. Unter solchen von Ankara gesteuerten Aktionen werden unter anderem das Ausspähen von Gegnern Erdogans, versuchte Einflussnahme, Propaganda und Desinformationskampagnen verstanden.

„Wir sehen seit langem, dass die Konflikte in der Türkei auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben“, sagte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Die Bruchlinien zwischen den verschiedenen Lagern in der Türkei bildeten sich spiegelbildlich in der Bundesrepublik ab. In beiden Szenen – dem Lager der Unterstützer wie der Gegner Erdogans – sei „ein hohes, schlagkräftiges Gefährdungspotenzial vorhanden“.

© Alle Rechte vorbehalten

Video auf **stol.it**
SÜDTIROL ONLINE

MINDERHEITEN IN EUROPA

Systematische Schläge gegen Zweisprachigkeit

RUMÄNIEN: Verein aus Bukarest klagt gegen ungarische Aufschriften und Symbole im Szeklerland und bekommt vor Gerichten auch noch Recht

MAROSVÁSÁRHELY/NEUMARKT/TÁRGU MURES (sch). In Siebenbürgen werden offenbar systematisch auf dem Klagewege die ungarischen Teile von zweisprachigen Aufschriften angefochten und damit die Rechte der Minderheit von der Gerichtsbarkeit verletzt.



Das Rathaus in Székelykeresztúr/Cristuru Secuiesc mit der zweisprachigen Aufschrift: Der ungarische Teil muss entfernt werden, obwohl in der Gemeinde 93 Prozent der Bewohner Ungarn sind.



Schon seit Wochen weist Zsolt Árus, der Präsident der Sektion Gyergyószek des Nationalrats der Szekler, auf derartige Vorgänge hin. Der Szekler-Nationalrat ist eine überparteiliche Plattform der ungarischen Minderheit im Szeklergebiet im Karpatenbogen im Nordosten Siebenbürgens. In 3 Landkreisen stellen die Szekler, ein ungarischer Volksstamm, die Mehrheit der Bevölkerung. Im Szeklerland lebt kompakt siedelnd rund die Hälfte der etwa 1,2 Millionen Angehörigen der ungarischen Minderheit in Rumänien. Die andere Hälfte lebt zerstreut weiter westlich nahe der ungarischen Grenze.

In allen von Árus mitgeteilten Fällen ist es ein in Bukarest eingetragener Verein für Bürgerrechte (ADEC), der einen Bürgermeister im Szeklerland dazu auffordert, den ungarischen Teil einer zweisprachigen Aufschrift oder andere Symbole der ungarischen Minderheit zu entfernen.

Tut der Bürgermeister dies nicht, wird er von dem Verein verklagt. 59 solcher Fälle gab es bis zum Ende des Jahres 2016.

Árus berichtet, dass die rumänischen Gerichte in der Regel zugunsten des klagenden Vereins entscheiden, auch in der zweiten Instanz. Und dies, obwohl in Rumäniens Minderheitengesetz festgeschrieben ist, dass ab einem Anteil von 20 Prozent den Minderheiten angehörige Ortsschilder und Aufschriften zweisprachig sein sollen. Ähnliches sieht auch das Rahmenabkommen über den Schutz nationaler Minderheiten vor (siehe Info-Box).

Zsolt Árus berichtete zuletzt über folgende Fälle:

■ **Székelykeresztúr/Szeklerkreuz/Cristuru Secuiesc** (93 Prozent ungarische Bewohner), Klagegrund: ungarische Aufschrift

- am Rathaus.
- **Csikrákos/Racu** (über 90 Prozent Ungarn): ungarische Aufschrift am Gemeindehaus.
- **Gyergyószentmiklós/Niklasmarkt/Gheorgheni** (87 Prozent Ungarn): Entfernung der Stadtfahne und der Szeklerflagge von der Fassade des Rathauses und auch aus dem Büro des Bürgermeisters.
- **Nagyvárad/Großwardein/Oradea** (23 Prozent): Entfernung der Flagge der historischen ungarischen Region Partium vom Gebäude, in dem der EU-Abgeordnete László Tökés sein Büro hat; die Flagge sei laut Stadtpolizei eine kommerzielle Fahne.
- **Csikszereda/Szeklerburg/Miercurea Ciuc** (82 Prozent): Entfernung der Szeklerflagge und der Stadtfahne vom Eingang des Rathauses.

Die Szekler in Siebenbürgen



Dolomiten - Infografik: W. Gasser

- **Csikszereda/Szeklerburg/Miercurea Ciuc** (82 Prozent): Entfernung des ungarischen Teils der zweisprachigen Aufschrift vom Rathaus.
- **Nyárádszereda/Miercurea Nirajului** (93 Prozent): Entfernung der Szeklerflagge vom Rathaus und Anbringen zweier rumänischer Nationalfahnen. Zwar waren diese angebracht, doch behauptete der Bukarester Verein – ohne Beweise beizubringen – das Gegenteil. Das Gericht folgte dem Verein.
- **Boldogfalva/Felceni** (99 Prozent): Entfernung des ungarischen

Teils der zweisprachigen Aufschrift am Rathaus.

Für Zsolt Árus ist es unbegreiflich, wieso andere historische Regionen wie die Bukowina eine eigene Flagge hissen dürfen, die Szekler aber nicht, zumal sie mit ihrer Flagge gegen keine Gesetze verstoßen. Dieser Verstoß gegen das Gleichheitsgebot wird auch vom Europarat im Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz im Bericht des Jahres 2014 kritisiert.

„Um diese Urteile umzusetzen, müssen die Bürgermeister

HINTERGRUND

Rahmenabkommen

Das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten wurde 1998 von Rumänien ratifiziert. Im Artikel 11, Absatz 3, heißt es: „In Gebieten, die traditionell von einer beträchtlichen Zahl von Angehörigen einer nationalen Minderheit bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Rechtsordnung, einschließlich eventueller Übereinkünfte mit anderen Staaten, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten, traditionelle Ortsnamen, Straßennamen und andere für die Öffentlichkeit bestimmte topografische Hinweise auch in der Minderheitensprache anzubringen, wenn dafür ausreichende Nachfrage besteht.“

gegen die Verfassung und eine Reihe von rumänischen Gesetzen verstoßen und internationale, von Rumänien ratifizierte Abkommen missachten“, schreibt Zsolt Árus.

Dies sei das wirkliche Gesicht des Landes, dessen Regierungen immer behaupteten, dass „die Minderheiten in beispielhafter Weise behandelt werden“.

© Alle Rechte vorbehalten

@ http://bit.ly/2IY55oM